



---

**TOP I Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik**

Titel: Zügige und faire Umsetzung der neuen Approbationsordnung

**Entschließungsantrag**

Von: Angelika Haus als Delegierte der Ärztekammer Nordrhein  
Dr. Klaus Reinhardt als Delegierter der Ärztekammer Westfalen-Lippe  
Dr. Thomas Lipp als Delegierter der Sächsischen Landesärztekammer  
Dr. Hans-Joachim Lutz als Delegierter der Bayerischen Landesärztekammer  
Dr. Bernd Lücke als Delegierter der Ärztekammer Niedersachsen  
Dr. Christiane Friedländer als Delegierte der Ärztekammer Nordrhein  
Elke Köhler als Delegierte der Landesärztekammer Brandenburg  
Dr. Klaus Baier als Delegierter der Landesärztekammer Baden-Württemberg

---

**DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE FOLGENDE ENTSCHEIDUNG FASSEN:**

Der 115. Deutsche Ärztetag fordert das Bundesministerium für Gesundheit auf, die – auf Grundlage des entsprechenden Regierungsentwurfes – vom Bundesrat beschlossene Fassung der Ersten Verordnung zur Änderung der Approbationsordnung für Ärzte rasch zu erlassen und somit in Kraft treten zu lassen. Die Länder und medizinischen Fakultäten sind aufgefordert, diese im Sinne der Medizinstudierenden umzusetzen und vor allem das Recht der Medizinstudierenden, die Lehrkrankenhäuser für die Ausbildungsabschnitte im Praktischen Jahr (PJ) frei zu wählen, nicht durch kleinstaatlich fokussierte Regelungen zu blockieren oder gar auszuhebeln.

Begründung:

Die Erste Verordnung zur Änderung der Approbationsordnung für Ärzte korrigiert Fehlentwicklungen in der ärztlichen Ausbildung, die seit Jahren maßgeblich zur mangelnden Attraktivität des Medizinstudiums beigetragen haben. Sie macht endlich den Weg für eine Splittung des sogenannten Hammerexamens und für eine bundesweite PJ-Mobilität frei. Der Bundesratsbeschluss zieht auch unter den ideologisch motivierten und gesundheitspolitisch wie medizinisch unsinnigen Bestrebungen, einen PJ-Pflichtabschnitt Allgemeinmedizin in die Approbationsordnung zu implementieren, einen Schlussstrich. Die Medizinstudierenden haben lange für diese Änderungen gekämpft, sie sollten nun möglichst bald davon profitieren können. Dies trägt nicht nur zu einer Steigerung der Attraktivität des Medizinstudiums bei, sondern erhöht vor allem auch die Glaubwürdigkeit nicht nur der politisch Verantwortlichen, sondern auch die Glaubwürdigkeit der Medizinischen Fakultäten, die mit ihren partikularistischen Forderungen bislang nicht als

---

Angenommen:  Abgelehnt:  Vorstandsüberweisung:  Entfallen:  Zurückgezogen:  Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0



Interessenvertreter der Medizinstudierenden auffallen konnten.